

Thomas Licht, Friedrich Lührs* und Annette von Maltzan

Europawahl 2024 – was erwarten die Unternehmen in Deutschland?

IN KÜRZE

Anlässlich der Europawahl 2024 hat das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen eine Umfrage zum Thema Politik und Bürokratie der EU durchgeführt. Eine klare Mehrheit der Unternehmen in Deutschland bemängelt, dass die EU zu wenig für die wirtschaftliche Entwicklung unternimmt. Mehr als zwei Drittel der Befragten geben der EU in der Wirtschaftspolitik die Noten vier, fünf oder sechs. Ähnlich ernüchternd sind die Ergebnisse zum Thema Bürokratiebelastung. Statt dem von der EU angestrebten Bürokratieabbau spüren 87% der Befragten einen Anstieg der Bürokratiebelastung in ihrem Unternehmen in den vergangenen 24 Monaten. Um den akuten Schwierigkeiten zu begegnen, erwarten die Umfrageteilnehmenden von der EU zukünftig einen besonderen Fokus auf die Themen Bürokratieabbau, Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sowie Cybersecurity.

Die in diesem Jahr stattfindende Europawahl gibt den Anlass, ein Stimmungsbild der Unternehmen in Deutschland zur wirtschaftspolitischen Arbeit der europäischen Institutionen zu erfassen. Mit einer Umfrage, die vom 15. Januar bis 9. Februar 2024 durchgeführt wurde, konnte das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen rund 1200 Antworten aus der deutschen Unternehmenslandschaft einsammeln. Es wurden u.a. Fragen zum Geschäftsumfeld, zur Bürokratiebelastung und zu den europäischen Grundfreiheiten gestellt. Über alle Unternehmen hinweg zeigt

sich eine teilweise Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftspolitik und insbesondere mit den bürokratischen Rahmenbedingungen der EU. Nichtsdestotrotz schätzen die Unternehmen die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarkts und damit die Grundidee einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik der europäischen Union.

Die Ergebnisse der Befragung sind im Forschungsdatensatz FamData (FamData 2023; Garnitz et al. 2023a, 2023b) integriert, der vom ifo Institut und der Stiftung Familienunternehmen konzipiert wurde und kontinuierlich ausgebaut wird. In der FamData liegen u. a. die (pseudonymisierten) Ergebnisse von zahlreichen Befragungen vor, die im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erfolgten.

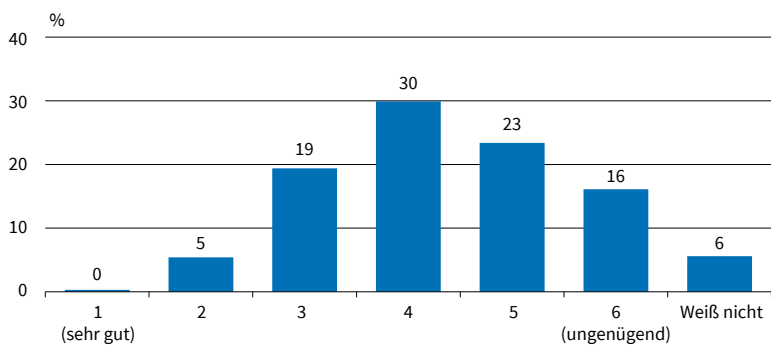
UNZUFRIEDENHEIT MIT DER EU-WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zunächst wurden die Unternehmen nach ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit der EU-Wirtschaftspolitik in den vergangenen vier Jahren gefragt. Bewertet wurde anhand des Schulnotensystems von eins bis sechs. Insgesamt zeigt sich eine Unzufriedenheit der Unternehmen mit der europäischen Wirtschaftspolitik. Nur knapp 6% der Unternehmen bescheinigen der EU eine gute oder sehr gute Wirtschaftspolitik. Etwa 40% beurteilen die Wirtschaftspolitik als mangelhaft oder ungenügend (vgl. Abb. 1). Über alle befragten Unternehmen hinweg ergibt sich die Gesamtnote vier (ausreichend). Bei näherer Betrachtung der einzelnen Unternehmensgrößenklassen nach Beschäftigten zeigt sich, dass kleine Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten und große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten die EU-Politik schlechter – im Schnitt 0,3 Notenpunkte – bewerten als mittelgroße Unternehmen mit 10 bis 49 bzw. 50 bis 249 Beschäftigten. Bei Untersuchung der Umsatzgrößenklassen zeichnet sich ein vergleichbares Bild ab. Deutlich stärkere Diskrepanzen in der Bewertung werden zwischen den einzelnen Sektoren ersichtlich. Besonders unzufrieden sind Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes beziehungsweise der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (Note 4,4 und 4,5). Zufriedener als der Durchschnitt sind das Gastgewerbe und die Energie- und Wasserwirtschaft (Note 3,5 und 3,7).

Mit der Wirtschaftspolitik geht das allgemeine Geschäftsumfeld einher. Eine nicht zufriedenstel-

* Friedrich Lührs, Stiftung Familienunternehmen.

Abb. 1
Zufriedenheit mit der europäischen Wirtschaftspolitik der vergangenen vier Jahre



N = 1.223.

Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024.

© ifo Institut

lende Wirtschaftspolitik lässt auch ein schwächelndes Geschäftsumfeld vermuten. In der zweiten Frage wurden die Unternehmen daher gefragt, wie sich ihr innereuropäisches Geschäftsumfeld innerhalb der vergangenen vier Jahre entwickelt hat. Lediglich 7% der Unternehmen sehen eine positive Entwicklung ihres Geschäftsumfelds. 40% stellen keine Änderung fest und 51% beobachteten eine negative Entwicklung (vgl. Abb. 2). Getrieben wurde dieses Ergebnis von den großen Firmen. Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden und/oder einem Jahresumsatz von mehr als 50 Mio. Euro beschreiben die Entwicklung des innereuropäischen Geschäftsumfelds deutlich negativer als kleinere Unternehmen. Der Anteil der Negativantworten liegt in der Spitze mehr als 10 Prozentpunkte über jenem der kleinen und mittleren Unternehmen. Eine überdurchschnittlich negative Bewertung der Entwicklung des Umfelds kann auch im produzierenden Gewerbe festgestellt werden. Hier liegt der Anteil der Negativantworten etwa 7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

Eine Begründung für die schlechte Entwicklung des Geschäftsumfelds größerer Unternehmen ist der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit). Dieser führte für viele Unternehmen zu einem deutlich erhöhten logistischen und organisatorischen Aufwand. Demgegenüber steht der Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union. Gemessen an der Wirtschaftsleistung wiegt der britische Austritt jedoch erheblich schwerer als der kroatische Beitritt.

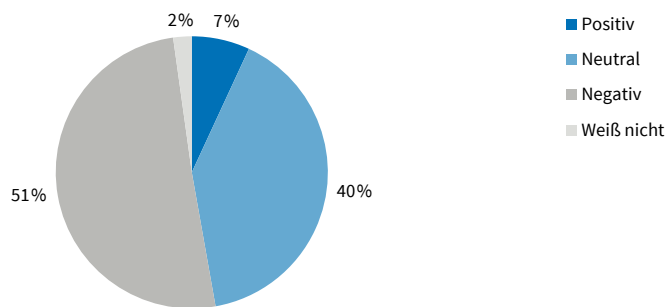
UNTERNEHMEN SCHÄTZEN EUROPÄISCHE GRUNDFREIHEITEN

Eine der größten Errungenschaften der EU ist die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Diese vier Grundfreiheiten bilden den Unterbau der Europäischen Union. Ohne sie wäre das Wirtschaften in der EU ein anderes. Dieses Verständnis zeigt sich ebenfalls in der Umfrage. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sehen die vier Grundfreiheiten ausreichend oder vollständig umgesetzt. Insbesondere der Waren- und der Kapitalverkehr schneiden positiv ab (vgl. Abb. 3). Etwa 10% der Unternehmen sehen die vier Grundfreiheiten geringfügig oder überhaupt nicht erfüllt. Im Jahr 2019 wurde die gleiche Frage schon einmal gestellt. Im Vergleich zu den damaligen Ergebnissen lässt sich eine Verschiebung weg von »Ausreichend« und »Vollständig« hin zu »Teilweise« erkennen (Garnitz et al. 2019). Über die vier Bereiche hinweg verloren die Antwortmöglichkeiten »Ausreichend« und »Vollständig« ca. 12 Prozentpunkte.

Ähnlich wie bei den ersten Fragen gibt es auch hier Unterschiede in den verschiedenen Größenklassen. Es lassen sich zwei Trends erkennen. Zum einen sehen größere Unternehmen die vier Grundfreiheiten besser umgesetzt als kleinere Unternehmen. Zum anderen antworten viele kleine Unternehmen mit »Weiß nicht«. Eine mögliche Erklärung ist, dass

Abb. 2

Entwicklung des innereuropäischen Geschäftsumfeldes in den vergangenen vier Jahren



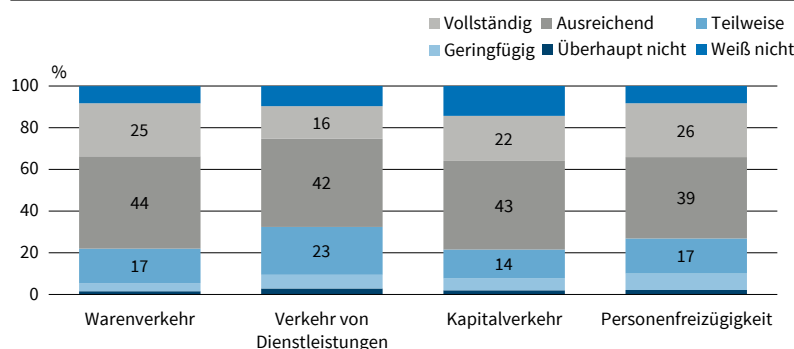
N = 1 217.

Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024.

© ifo Institut

Abb. 3

Umsetzung der vier europäischen Grundfreiheiten



N = 1 195.

Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024.

© ifo Institut

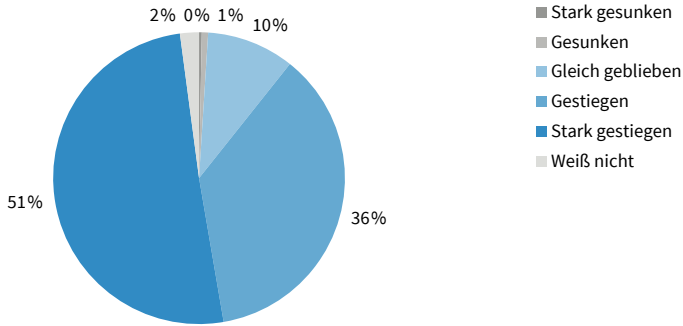
sich diese Unternehmen auf ihren lokalen Binnenmarkt konzentrieren und mit dem freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen keine Berührungspunkte haben. Dieses Phänomen zeigt sich ebenfalls bei einer genaueren Betrachtung der einzelnen Sektoren. Unternehmen des Baugewerbes, die klassischerweise sehr lokal agieren, geben deutlich öfter die Antwort »Weiß nicht« als beispielsweise Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

KEIN RÜCKGANG DER BÜROKRATIEBELASTUNG SPÜRBAR

Seit langem ist bekannt, dass Unternehmen unter dem hohen bürokratischen Aufwand der Europäischen Union leiden. Diverse Programme der EU versuchen, dem entgegenzuwirken (Europäische Kommission 2023). Das Hauptziel der aktuellen Programme ist, Berichtspflichten im Einklang mit der Strategie zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU um 25% zu reduzieren und insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen zu entlasten. Dieses soll beispielsweise durch die Konsolidierung sich überschneidender Verpflichtungen, die Verringerung der Anzahl der betroffenen Unternehmen oder den Ausbau der Digitalisierung geschehen. Eine weitere Entlastung ist mit der Einführung des Grundsatzes »One-in-one-

Abb. 4

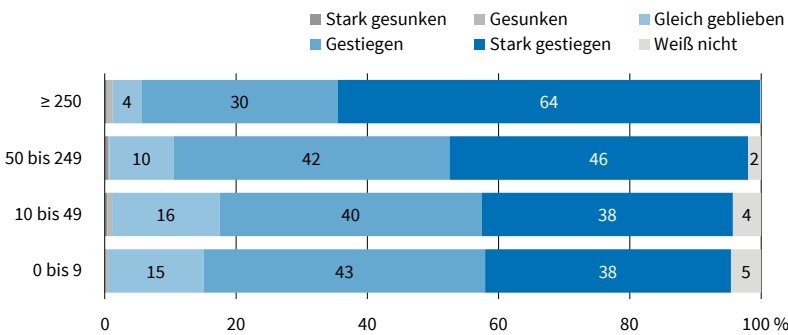
Entwicklung der Bürokratiebelastung in den vergangenen 24 Monaten?



N = 1 174. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

Abb. 5

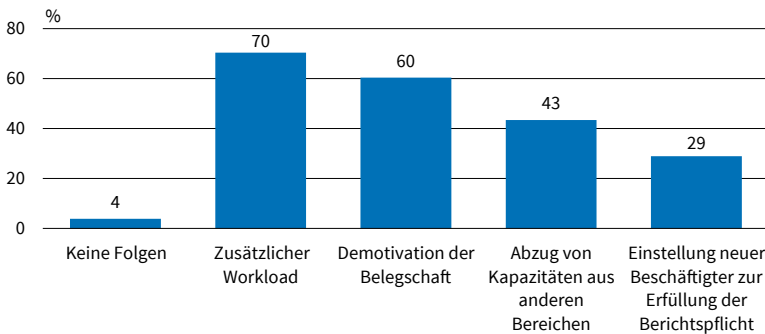
Entwicklung der Bürokratiebelastung nach Unternehmensgröße



N = 1 174. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

Abb. 6

Folgen der Bürokratiebelastung für die Belegschaft



N = 1 066. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

« gegeben, mit dem sichergestellt wird, dass neu eingeführte Belastungen durch eine Verringerung bereits bestehender Belastungen in demselben Politikbereich ausgeglichen werden.

Inwieweit die Bestrebungen der EU zum Bürokratieabbau Erfolg haben, analysiert eine weitere Frage. Dazu sollten die Unternehmen einschätzen, wie sich die Bürokratiebelastung in den vergangenen 24 Monaten für ihr Unternehmen entwickelt hat.

Das Ergebnis ist ernüchternd: 87% der Unternehmen spüren einen Anstieg der Bürokratiebelastungen

in der EU in den vergangenen 24 Monaten. Das bedeutet, dass die Bemühungen der EU, die Bürokratiebelastung zu senken, von den Unternehmen nicht wahrgenommen werden und diese sogar eine weitere Zunahme der Bürokratiebelastung erkennen. Mehr als die Hälfte der Befragten bemerken einen starken Anstieg der Belastung (51%). Der Vergleich über die Größenklassen der Unternehmen zeigt, dass die Bürokratiebelastung mit der Größe des Unternehmens steigt (vgl. Abb. 5): Während bei den Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten rund 80% einen Anstieg der Bürokratie feststellen, nimmt dieser Anteil bis zu den großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten auf 94% zu.

Differenziert nach Sektoren ergibt sich ein sehr einheitliches Bild: Über alle Sektoren hinweg ist ein deutlicher Anstieg der Bürokratiebelastung zu verzeichnen. Dabei spüren die Unternehmen der übrigen Dienstleistungen (84% der Befragten) den Anstieg am geringsten und die Unternehmen des produzierenden Gewerbes (92%) am stärksten.

In den Unternehmen hat die steigende Bürokratiebelastung erhebliche Folgen für die Belegschaft: Bei 70% der befragten Betriebe wird der höhere Aufwand durch einen zusätzlichen Workload der Belegschaft bewältigt (vgl. Abb. 6). In 43% der Unternehmen müssen Arbeitskräfte aus anderen Bereichen abgezogen werden, um den Erfüllungspflichten nachzukommen, und in 29% der Unternehmen werden sogar neue Beschäftigte für diese Tätigkeit eingestellt. Darüber hinaus stellen mehr als die Hälfte der Unternehmen eine Demotivation der Belegschaft infolge der Bürokratiebelastung fest. Da die Motivation der Mitarbeitenden direkten Einfluss auf den Unternehmenserfolg hat (Markos 2010), ist dieser Aspekt durchaus beachtenswert. Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels ist eine Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen von großer Bedeutung. Nur 4% der befragten Unternehmen stellen keine personellen Folgen des Bürokratieanstiegs in ihrem Unternehmen fest. Neben den Auswirkungen auf die Belegschaft der Unternehmen, führt der hohe Bürokratieaufwand auch zu einer deutlichen Hemmung der Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland, wie in einer weiteren Befragung des ifo Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen gezeigt werden konnte (Zarges et al. 2023).

Je nach Sektor der befragten Unternehmen ergeben sich leichte Unterschiede bei den Folgen der erhöhten Bürokratiebelastung. Insgesamt sind die Auswirkungen im Baugewerbe am geringsten und im produzierenden Gewerbe am höchsten. Dabei wird das Ausmaß der Demotivation der Beschäftigten sowie die Umbesetzung von Kapazitäten in andere Bereiche über alle Sektoren hinweg ähnlich stark beurteilt. Deutliche Unterschiede gibt es bei der Einstellung neuer Beschäftigter: Während im Baugewerbe nur bei jedem zehnten Unternehmen Neueinstellungen notwendig sind, ist es bei den Unternehmen des Han-

dels und des Gastgewerbes sowie der Unternehmensdienstleistungen bereits jedes fünfte Unternehmen. Die höchsten Werte haben hier die Unternehmen der übrigen Dienstleistungen sowie die des produzierenden Gewerbes, von denen rund 40% der Unternehmen zusätzliches Personal zur Erfüllung der bürokratischen Vorschriften der EU benötigen. Auch vom zusätzlichen Workload der Belegschaft ist das produzierende Gewerbe neben den Unternehmensdienstleistungen besonders stark betroffen (75% bzw. 76%).

Entsprechend der zunehmenden Bürokratiebelastung mit steigender Unternehmensgröße, sind auch die Folgen bezüglich der Belegschaft bei den großen Unternehmen am gravierendsten (vgl. Abb. 7). Vor allem die Einstellung neuer Beschäftigter zur Erfüllung der Berichtspflicht ist eine Konsequenz der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Knapp die Hälfte dieser Unternehmen hat bereits zusätzliches Personal eingestellt. Die kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten versuchen, den zusätzlichen Arbeitsaufwand vorwiegend durch Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaft zu bewältigen. Der Abzug von Beschäftigten aus anderen Bereichen ist ebenfalls überwiegend in größeren Unternehmen möglich.

INFORMATION UND UNTERSTÜTZUNG BEI ERFÜLLUNG DER BERICHTSPFLICHTEN MANGELHAFT

Hinsichtlich der zahlreichen Berichtspflichten durch die EU kann auch eine gute Information und Unterstützung der Unternehmen zur Bürokratierleichterung beitragen. In der Umfrage wurden die Unternehmen daher gebeten anzugeben, inwieweit das auf ihr Unternehmen zutrifft. Dabei zeigt sich deutlich, dass sich nur die wenigsten Unternehmen ausreichend informiert und unterstützt fühlen. Nur 7% der Unternehmen sehen sich ausreichend informiert, fast die Hälfte »zum Teil« gut informiert und 41% sehen sich nicht gut informiert. Die Unterstützung bei der Berichtserfüllung bewerten rund zwei Drittel der Unternehmen als unzureichend (vgl. Abb. 8).

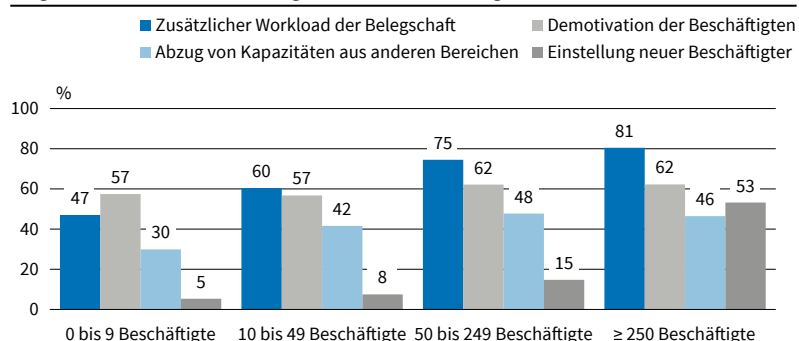
Interessant ist, dass sich die kleineren Unternehmen vor allem über die bestehende Berichtspflichten der EU unzureichend informiert fühlen, während die größeren Unternehmen im Vergleich die Unterstützung bei der Erfüllung der Berichtspflichten deutlich schlechter bewerten als die kleineren Unternehmen. In beiden Fällen verändert sich der Anteil proportional zur Unternehmensgröße.

UNTERNEHMEN GEBEN BÜROKRATIEABBAU HÖCHSTE PRIORITÄT

Abschließend wurden die Unternehmen gefragt, worin sie aktuell die vorrangigen wirtschaftspolitischen Arbeitsfelder der EU sehen. Dazu konnten die Unternehmen die Themengebiete mit Werten von 0 (= keine Priorität) bis 10 (= höchste Priorität) priorisieren.

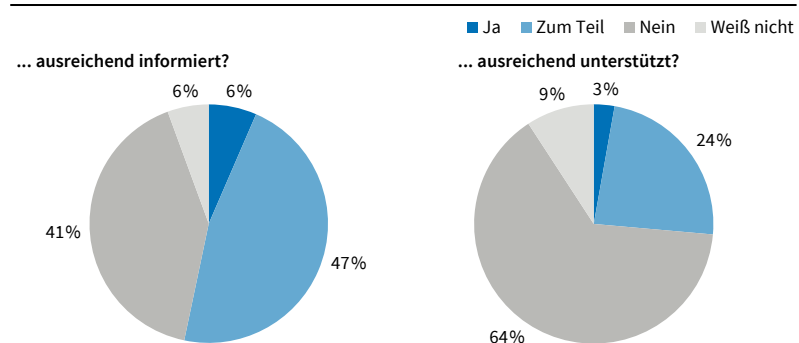
Auch hier steht das Thema Bürokratie mit einem Prioritätswert von 8,9 ganz oben (vgl. Abb. 9) und bestätigt den gefühlten Anstieg der Bürokratiebelastung in der EU (vgl. Abb. 5). Mit deutlichem Abstand in der Priorität folgt die Wettbewerbsfähigkeit mit einem Wert von 8,2. Damit wird der Bürokratieabbau noch vor dem zentralen wirtschaftspolitischen Ziel der EU, der Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, gestellt. Dabei baut der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf verschiedenste Themen wie die Sicherung eines freien Binnenverkehrs, die Stärkung der

Abb. 7 Folgen der Bürokratiebelastung nach Unternehmensgröße



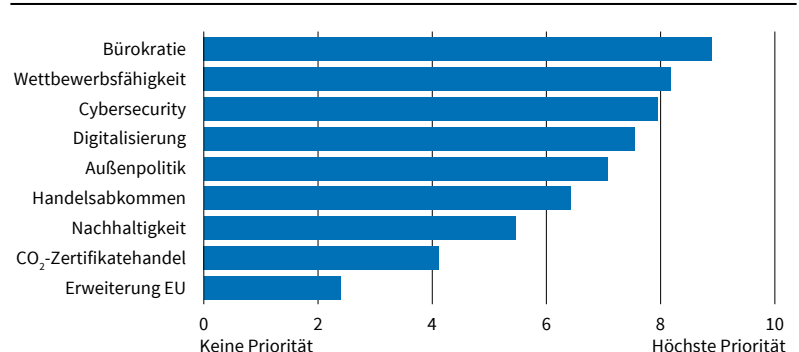
N = 1 066; Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

Abb. 8 Fühlen Sie sich bzgl. bestehender Berichtspflichten der EU ...



N = 1 119. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

Abb. 9 Priorisierung Aufgaben EU



N = 1 167. Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024. © ifo Institut

Tab. 1

Priorisierung der EU-Arbeitsfelder nach Unternehmensgröße

	Handelsabkommen	Bürokratie	Wettbewerbsfähigkeit	Cybersecurity	Außenpolitik	Nachhaltigkeit	Erweiterung EU	CO ₂ -Zertifikatehandel	Digitalisierung
0 bis 9 Beschäftigte	6,0	8,9	8,2	8,3	7,0	6,0	2,3	3,6	7,5
10 bis 49 Beschäftigte	6,0	8,6	7,8	8,1	7,1	5,5	2,3	3,7	7,6
50 bis 249 Beschäftigte	6,5	8,9	8,1	7,9	7,1	5,5	2,5	4,2	7,7
Ab 250 Beschäftigten	7,0	9,1	8,6	7,8	7,3	5,1	2,4	4,6	7,4

N = 1167; die Unternehmen konnten die Themengebiete mit Werten von 0 (= keine Priorität) bis 10 (= höchste Priorität) priorisieren.

Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024.

© ifo Institut

Tab. 2

Priorisierung der EU-Arbeitsfelder nach Sektoren

	Handelsabkommen	Bürokratie	Wettbewerbsfähigkeit	Cybersecurity	Außenpolitik	Nachhaltigkeit	Erweiterung EU	CO ₂ -Zertifikatehandel	Digitalisierung
Baugewerbe	5,9	9,2	7,4	8,2	7,4	5,2	1,9	3,3	7,4
Produzierendes Gewerbe	7,3	9,0	8,5	7,5	7,0	5,0	2,3	4,1	7,3
Handel und Gastgewerbe	6,2	8,8	8,2	8,1	7,1	5,7	2,4	4,5	7,7
Unternehmensdienstleistungen	6,4	8,9	8,3	8,3	7,4	5,7	2,6	4,2	7,8
Übrige Dienstleistungen	6,2	8,9	8,2	7,9	7,1	5,5	2,5	4,1	7,5

N = 1167; die Unternehmen konnten die Themengebiete mit Werten von 0 (= keine Priorität) bis 10 (= höchste Priorität) priorisieren.

Quelle: Stimmungsmonitor zur EU-Wahl der Stiftung Familienunternehmen 2024.

© ifo Institut

Industriepolitik oder die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen auf (Europäischer Rat 2024). Demzufolge tragen viele Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union unmittelbar zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Allen voran der Bürokratieabbau, aber auch Themen wie die in der Umfrage hoch priorisierte Cybersecurity (7,9) oder die Digitalisierung mit einem Wert von 7,5. Etwas geringer priorisiert werden die Themen Außenpolitik (7,1) und damit zusammenhängend der Abschluss von Handelsabkommen (6,4). Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass dieser Aspekt vor allem Unternehmen betrifft, die auch international tätig sind. Ebenso betrifft das Thema CO₂-Zertifikatehandel nur einen Teil der Unternehmen¹ und liegt daher mit einer Bewertung von 4,1 am unteren Ende der Prioritätenliste noch deutlich hinter dem Thema Nachhaltigkeit (5,5). Eine Erweiterung der EU hat derzeit die geringste Bedeutung für die teilnehmenden Unternehmen (Priorität 2,4).

Beim Vergleich unter Größenklassen fällt auf, dass zwar die Rangfolge der Priorisierung bei allen Unternehmensgrößen annähernd gleich ist, die kleineren Unternehmen jedoch insgesamt weniger Punkte vergeben und folglich die Dringlichkeit der Maßnahmen geringer einschätzen als größere Unternehmen (vgl. Tab. 1). Auffällige Ausnahmen sind hierbei die Bereiche Cybersecurity und Nachhaltigkeit, bei denen die Priorisierung bei den kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten am höchsten ist und mit zunehmender Unternehmensgröße abnimmt. Dagegen

¹ Alle Unternehmen, die Strom oder Wärme aus Kohle, Erdgas oder Öl erzeugen.

sind die Themen Handelsabkommen und CO₂-Zertifikatehandel naturgemäß mit zunehmender Unternehmensgröße wichtiger. Der Themenbereich Bürokratie wird auch hier von den größeren Unternehmen am höchsten priorisiert.

Auf sektoraler Ebene haben die Unternehmen des Baugewerbes insgesamt am wenigsten Punkte vergeben und die Unternehmensdienstleistungen am meisten. Inhaltlich wird in allen Branchen der Bürokratieabbau am höchsten priorisiert, gefolgt von der Wettbewerbsfähigkeit der EU (vgl. Tab. 2). Deutliche Unterschiede sind in der Wichtigkeit des Abschlusses von Handelsabkommen zu erkennen: Während die Unternehmen des Baugewerbes (5,9), des Handels und Gastgewerbes (6,2) sowie die übrigen Dienstleistungen (6,2) diesem nur mittlere Prioritäten zuordnen, wird dieser Bereich vom produzierenden Gewerbe mit einer Priorität von 7,3 deutlich höher gewichtet. Ebenfalls größere Differenzen gibt es beim CO₂-Zertifikatehandel, der vom Handel und Gastgewerbe höher priorisiert wird (4,5) als von den übrigen Sektoren. Die niedrigste Priorität vergibt auch hier das Baugewerbe (3,3).

FAZIT

Zentrales Ergebnis der Umfrage ist, dass in der deutschen Unternehmenslandschaft ein gewisser Unmut über die Politik der Europäischen Union herrscht. Sowohl die Wirtschaftspolitik als auch das daraus resultierende europäische Wirtschaftsumfeld finden bei den Unternehmen nur wenig Zuspruch. Zwar gibt

es in der Wahrnehmung Unterschiede zwischen verschiedenen Unternehmensgrößen und Sektoren, in der Gesamtheit zeigt sich jedoch eine klare und einheitliche Richtung.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Umfrage ist, dass die Unternehmen unter der starken Bürokratie der EU leiden. Sie wünschen sich nicht nur weniger Bürokratie, sondern auch eine bessere Information und Unterstützung bei der Erfüllung der Auflagen. Auch die Europäische Kommission hat das Ausmaß der Belastung erkannt und im Arbeitsprogramm für 2024 neben Wettbewerbsfähigkeit das Thema Bürokratieabbau in den Mittelpunkt gestellt (Europäische Kommission 2023). Dieser Fokus auf Bürokratieabbau ist ein wichtiger Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu gewährleisten. Durch weniger Bürokratieerfüllungspflichten dürften in den Unternehmen zeitliche wie auch monetäre Ressourcen freigesetzt werden (ca. 3% ihres Umsatzes; DIHK 2020), die für wertschöpfungsgenerierende Tätigkeiten zur Verfügung stünden. In diesem Zusammenhang kommt auch der Digitalisierung eine große Bedeutung zum Bürokratieabbau zu und wird von der Mehrzahl der Unternehmen hoch priorisiert.

Zusammenfassend sind die Unternehmen zwar unzufrieden mit der aktuellen Situation des europäischen Wirtschaftsraums und insbesondere der starken Bürokratiebelastung, die Qualität und die Rele-

vanz der europäischen Idee und der daraus folgenden Grundfreiheiten werden jedoch geschätzt und gewürdigt.

REFERENZEN

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2020), *Bürokratiebelastung für Unternehmen bremsen. Eine Studie am Beispiel Gastgewerbe*, DIHK, Berlin, verfügbar unter: <https://www.dihk.de/resource/blob/18690/d9172ef787eef2f6d984a8754051675a/studiebuerokratieabbau-data.pdf>, aufgerufen am 20. März 2024.

Europäische Kommission (2023), »Arbeitsprogramm für 2024: Bürokratieabbau und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus«, Pressemitteilung, 17. Oktober, verfügbar unter: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/arbeitsprogramm-fur-2024-burokratieabbau-und-wettbewerbsfaehigkeit-im-fokus-2023-10-17_de, aufgerufen am 20. März 2024.

Europäischer Rat (2024), »Der Rat Wettbewerbsfähigkeit«, verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/configurations/compet/>, aufgerufen am 20. März 2024.

FamData (2023), »Eine Datenbank mit Familien- und Nicht-Familienunternehmen«, verfügbar unter: DOI:10.7805/famdata-2023.

Garnitz, J., F. Lührs, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023a), »FamData – eine Datenbank für Forschungen zu Familienunternehmen: Hintergründe, Ergebnisse und Zugang«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 51–57.

Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023b), »FamData: Database for Family Business Companies in Germany Covering Company Key Figures and Survey Data«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 2023, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/jbnst-2023-0056>.

Garnitz, J., A.-C. Rathje und K. Wohlrabe (2019), *Wirtschaftspolitik für eine starke EU, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen*, Stiftung Familienunternehmen, München.

Markos, S. (2010), »Employee Engagement: The Key to Improving Performance«, *International Journal of Business and Management* 5(12), 89–96.

Zarges, L., J. Garnitz, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen*, Stiftung Familienunternehmen, München.